

Wessels, Theodor

**Article — Digitized Version**

## Hindernisse einer erfolgreichen Stabilisierungspolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wessels, Theodor (1966) : Hindernisse einer erfolgreichen Stabilisierungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 10, pp. 543-546

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133639>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Hindernisse einer erfolgreichen Stabilisierungspolitik

Prof. Dr. Theodor Wessels, Köln

Seitdem der Kampf gegen die Inflation in der Bundesrepublik Deutschland populär geworden ist, betrachtet die Wirtschaftspolitik die Stabilisierung des Wirtschaftsablaufes als ihr wichtigstes Ziel. Viele Politiker glaubten lange, der größte Teil der Bevölkerung nehme eine kontinuierliche Preiserhöhung ohne Widerspruch hin, solange sie durch steigende Einkommen überkompensiert werde. Inzwischen haben aber weite Kreise unseres Volkes erkannt, daß ein ständig wachsender Teil ihrer Einkommen und ihrer Ersparnisse durch die sinkende Kaufkraft des Geldes wertlos wird. Sie sehen sich um ein Stück des Erfolges betrogen, den sie im Kampf um die Erhöhung des Lebensstandards glaubten erreicht zu haben. So ist es zu einem Protest gegen die Inflation bereits gekommen, nachdem das Tempo der Inflationierung zugenommen hat. Ein Nationalökonom, der glaubt, daß eine inflationistische Entwicklung, vor allem aber kontinuierliche Erhöhung des Inflationsgrades, auf lange Sicht schwere soziale und wirtschaftliche Gefahren in sich birgt, registriert diese Wandlung mit Genugtuung. Er begrüßt es, daß breite Gruppen unseres Volkes sich der Unredlichkeit bewußt geworden sind, die eine progressive Inflation in unser Wirtschaftsleben trägt: in ihr wird es für die wirtschaftliche Lage des einzelnen Bürgers entscheidend, ob er einer Gruppe angehört, die Macht genug besitzt, die Einkommen ihrer Mitglieder prompt der Geldentwertung anpassen zu können — ein Zustand, der angesichts der großen Machtunterschiede in der Wirtschaft notwendig Unruhe in unserer Gesellschaft hervorrufen muß. Die meisten Volkswirte werden aber auch der Meinung zustimmen, daß zum mindesten eine ständige Erhöhung des Inflationsgrades alle wirtschaftlichen Überlegungen auf lange Sicht zu reinen Willkürrechnungen macht und damit die Funktionsfähigkeit einer Volkswirtschaft gefährdet, in der bei wachsender Mechanisierung der Anteil der langfristigen Kapitalanlagen am Gesamtvolumen der Investitionen dauernd wächst. Jedenfalls hat erst die Erkenntnis der Auswirkungen einer Inflation der Regierung eine Chance gegeben, eine Politik der Stabilisierung durchzuführen.

## ERFOLGREICHE NOTENBANKPOLITIK

Dann ist es aber in der heutigen Situation zweifellos notwendig, die Geldpolitik zu straffen, weil eine monetäre Expansion Wachstumsreserven nicht mehr wie in früheren Jahren zu aktivieren vermag. Das noch

erreichbare Investitionsvolumen ist jetzt durch die Sparsumme begrenzt; nur Erzeugungsverfahren, die den Einsatz von Produktionsfaktoren verbessern, können den Wirkungsgrad der jeweiligen Sparsumme noch vergrößern. Sparsumme und technischer Fortschritt bestimmen daher entscheidend das Wachstum unserer Volkswirtschaft.

Der Versuch der Notenbank, das Wachsen des Geldvolumens zu beenden, hat sich gegenüber den Unternehmungen als weit erfolgreicher erwiesen als viele erwartet hatten. Die jüngste Entwicklung der Preise zeigt, daß die Zentralbank nicht überfordert wird, wenn man von ihr eine Stabilisierung verlangt. Eine Zeitlang gelang es ihr trotz der Restriktion in der Tat nicht, weitere Preiserhöhungen zu verhindern. Aber das konnte eigentlich nicht überraschen: Solange der Kreditspielraum der Geldinstitute noch sehr groß war, konnten die Maßnahmen der Notenbank deren Aktionsbereich nicht prompt einengen. Inzwischen ist aber deutlich geworden, daß das Instrumentarium der Notenbank völlig ausreicht, eine beträchtliche Verknappung der Liquidität durchzusetzen. Die Möglichkeiten der Kreditinstitute, auf lange Sicht ihren Liquiditätsspielraum auch gegen den Willen der Notenbank zu behaupten, sind doch weit begrenzter, als manche Wirtschaftspolitiker und Nationalökonomengenanommen haben. Diese Erfahrung ist nicht nur wichtig für die Beurteilung der augenblicklichen Kreditrestriktion, sie ist vor allem bedeutsam, weil sie zeigt, daß die Notenbank auch in einer Zeit hochentwickelter Kreditwirtschaft ihre Herrschaft über das Geld zu behaupten vermag und daß wir ein Lenkungsinstrument nicht verloren haben, das für unsere Wirtschaftsordnung von größter Bedeutung ist.

## DIE ROLLE DER ÖFFENTLICHEN HAND

Sehr viel weniger vermag die Notenbank aber auf die öffentlichen Haushalte Einfluß zu nehmen. Ob die Finanzwirtschaft sich einer Politik der Stabilisierung einordnet, hängt in erster Linie von politischen Entscheidungen ab. Sie erfordern eine Gestaltung der Ausgaben, die der Entwicklung der Güterproduktion entspricht und einen Nachfrageüberhang nicht entstehen läßt. Entschließt sich der Staat nicht zu einer solchen Finanzpolitik, so kann die Stabilisierung nur gelingen, wenn eine rigorose Drosselung des Nachfragevolumens in den nicht-staatlichen Sektoren

der Wirtschaft die Gesamtnachfrage mit dem Gesamtangebot der Volkswirtschaft in Übereinstimmung bringt. Die Bremsen der Kreditpolitik müssen daher um so schärfer angezogen werden, je weniger der Staat seine Ausgaben dem Wachstum der Produktion anpaßt.

Eine solche Politik aber kann das Gelingen der Stabilisierung gefährden. Die Restriktion trifft alle Kassen der privaten Wirtschaft: Die Geldeinheiten haben keine Kennziffer. Angesichts der sehr verschiedenen Ausstattung der Unternehmungen mit liquiden Mitteln wird es bei einer sehr harten Drosselung kaum zu vermeiden sein, daß die Kassenbestände in einzelnen Bereichen nicht mehr ausreichen, um die Fortführung der Produktion zu finanzieren. Dann aber wird der Liquiditätsschwund eine Rezession in der Volkswirtschaft und eine echte Störung des Wirtschaftsablaufes nach sich ziehen. Entscheidend für das Gelingen der Stabilisierungspolitik ist es daher, daß der Staat die Last der Anpassung nicht allein der Notenbank aufbürdet. Nur wenn die Politiker sich entschließen, die Staatsausgaben zu beschränken, kann ein zu hartes Aufprallen der Restriktionsmaßnahmen der Notenbank vermieden werden. Ganz gewiß hat in der aktuellen Situation der Staat einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung zu erbringen. Die Übernachfrage ist im vergangenen Jahr nicht zuletzt durch die Ausgaben-erhöhung der öffentlichen Hand, die das Wachstum des Sozialprodukts bei weitem übertraf, entstanden — mag auch in den jüngsten Diskussionen gelegentlich der Anteil des Staates an dieser Entwicklung zu einseitig hervorgehoben sein.

#### ABBAU DER VERGÜNSTIGUNGEN

Staatsausgaben dienen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben; daher muß ein relativer oder absoluter Rückgang der Staatsausgaben den Tätigkeitsbereich des Staates einengen. Eine rigorose Kürzung der Staatsausgaben hätte stärkere Auswirkungen auf die Aktionen des Staates auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Sie würde schwerste Auseinandersetzungen insbesondere über die sozialen Aufgaben, die unser Staat zu vollziehen hat, heraufbeschwören. Glücklicherweise erfordern aber die Einschränkungen, die wir in unseren öffentlichen Haushalten vornehmen müssen, nicht einen totalen Umbau unserer Staatswirtschaft. Vielmehr können wir sehr wohl zu einer Stabilisierung gelangen, wenn steuerliche Vergünstigungen, die vielen Gruppen in den vorhergehenden Jahren eingeräumt wurden, und offene oder versteckte Subventionen, die Unternehmungen gewährt wurden, beschnitten werden. Sicherlich müssen dann Teile der Bevölkerung auf Vorteile verzichten, die sie bisher gegenüber anderen Bürgern besaßen. Das Opfer ist aber gewiß kleiner als jenes, das sie bringen müßten, wenn der Inflationsgrad erhöht würde oder ihre Einkommen und Arbeitsplätze durch schärfste Drosselung des Geldvolumens

gefährdet würden. Wir haben in dem letzten Jahrzehnt den Bereich steuerlicher Präferenzen und offener oder versteckter Subventionen außerordentlich stark ausgedehnt. Wir können die Stabilisierung durchaus erreichen, wenn wir die geplanten Staatsausgaben um einen Betrag vermindern, der durch relativ geringfügige Kürzung einer langen Reihe von Vergünstigungen verschiedenster Art erzielt werden kann. Keinesfalls müssen wir einzelnen Gruppen sehr hohe Opfer aufbürden. Die breite Streuung der Subventionen, Steuervorteile und Zuschüsse anderer Art ermöglicht es vielmehr, die Ausgabenbeschränkung auf weiteste Kreise zu verteilen.

#### FINANZPOLITIK — OPFER DER GRUPPENINTERESSEN

Obwohl verschiedenste politische Gruppen die Überzeugung teilen, daß die Staatsausgaben dem Wachstum des Sozialprodukts angepaßt werden müssen, obwohl sich ein Weg zu diesem Ziel deutlich abzeichnet, befindet sich unsere Finanzpolitik in einer Krise. Jedenfalls ist es ihr bisher nicht gelungen, die als notwendig anerkannte Begrenzung des Staatshaushaltes durchzusetzen. Die Steuervorteile und Subventionen sind zu einem wesentlichen Teil unter dem Druck von Interessentengruppen zustande gekommen; jeder Versuch, sie zu beschränken, führt zu Protesten der Verbände, die vorher diese Präferenzen erkämpft haben. Oft sind die Betroffenen selbst nicht so straff organisiert, daß sie auf die Politiker einen Druck auszuüben vermögen. Wenn jedoch die Verwendung bestimmter Waren bisher steuerlich begünstigt wurde, so ruft der Fortfall dieser Steuervorteile sofort die oft mächtigen Produzentenverbände auf den Plan, die dann für die „Rechte der wirtschaftlich Schwachen“ kämpfen. Die Interessentenvertreter können ihre Forderungen aber nur durchsetzen, wenn sie auf die Entscheidungen der Politiker Einfluß zu nehmen vermögen. Ihn suchen sie auf verschiedensten Wegen und in verschiedensten Formen zu gewinnen.

Bisweilen arbeiten sie mit offenen oder versteckten Pressionen, um ihre Ziele zu erreichen. Vor allem vor Wahlen vermögen sie den Unmut zu aktivieren, den der Fortfall irgendwelcher Zuschüsse immer hervorruft. Der Druck der Lobbyisten wird besonders stark, wenn sich in einem Wahlkreis bestimmte Interessen massieren (z. B. in Agrargebieten die Bauern, in anderen die Bergarbeiter). Dann besitzen die dort gewählten Abgeordneten oft nicht mehr volle Entscheidungsfreiheit. Sicherlich ist aber ein solches, mit Drohungen gewürztes aggressives Verhalten für den Stil der Verbandspolitik nicht charakteristisch. Wesentlich geräuschloser können die Organisationen ihre Forderungen vorbringen, wenn ihre Vertreter oder ihnen nahestehende Persönlichkeiten in den Parlamenten sitzen und dank ihrer Sachkenntnisse in einem Ausschuß eine starke Position gewinnen. Die Macht der Verbände beruht aber in erster Linie auf den Informatio-

nen, die sie den Parlamentariern geben. Da der moderne Staat sein Aufgabengebiet ständig weiter ausdehnt, müssen die Abgeordneten zu verschiedensten Problemen des politischen und sozialen Lebens Stellung nehmen. Es ist unbillig zu fordern, daß sie auf allen Gebieten sachkundig sein sollen, auf denen sie mitarbeiten. Sie suchen Informationen von Sachverständigen — und finden sie in erster Linie bei den Verbänden, die umfangreiches Material bereithalten zu jeder Frage, die die Interessen ihrer Mitglieder berührt. Auf die Meinungsbildung der Politiker wirken jedoch auch Presseorgane verschiedenster Art und Richtungen ein. Aber auch auf die Standpunkte, die diese gerade bei der Erörterung von Sonderfragen einnehmen, vermögen Verbände sehr oft Einfluß zu nehmen.

### PARLAMENTARISCHES SYSTEM UND VERBANDSPOLITIK

Sicherlich geben die Lobbyisten nur sehr selten bewußt falsche Auskünfte. Aber ihre Sicht ist doch von den wirklichen oder vermeintlichen Interessen der Gruppen bestimmt, die sie repräsentieren: Gewisse Standpunkte sind für sie einfach unvertretbar. Das gilt schon für die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf den eigenen Wirtschaftszweig, erst recht aber für die Beurteilung von Auswirkungen solcher Entscheidungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Meist werden einzelne Zusammenhänge einseitig hervorgehoben, andere dagegen völlig negiert. Im Grunde ist es nicht erstaunlich, daß hervorragende Kenner eines Ausschnitts der Wirtschaft nicht gleichzeitig Experten volkswirtschaftlicher Gesamtanalyse sind. Sie vertreten partikuläre Interessen — und ihr Standort bestimmt die Reichweite ihrer Überlegungen. Alle an aktuellen Wirtschaftsfragen Interessierten verdanken ihnen oft sehr wichtige Einzelangaben, aber das Gesamtbild, das sie zeichnen, weicht doch meist sehr stark von dem unabhängiger Volkswirte ab. Die Urteile der Abgeordneten werden aber auch durch leitende Beamte und Fachreferenten der Ministerien mitbestimmt, die heute — entgegen der klassischen Theorie des Parlamentarismus — weit mehr als ausführende Organe der Staatsgewalt sind. Den Gesetzesentwürfen, Vorlagen verschiedenster Art für die parlamentarische Arbeit liegen vielmehr bereits wirtschaftspolitische Positionen zugrunde, denen zumindest ein Teil der Abgeordneten nicht mehr mit souveräner Sachkenntnis zu begegnen vermag. Aber auch die Referenten in den Ministerien sind nicht selten auf Informationen von Verbänden angewiesen. In den letzten Jahren konnten die Ministerialbeamten bei grundlegenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen gewiß nicht selten auf Unterlagen zurückgreifen, die unter Verwertung des gesamten erreichbaren Materials und mit den besten Untersuchungsmethoden, über die wir verfügen, erarbeitet waren; auch haben unabhängige Sachverständige stärker als früher an der Bestimmung des Kurses unserer Wirtschaftspolitik

mitgewirkt. Bei der Vorbereitung von Einzelmaßnahmen aber, wie sie jetzt zum Ausgleich des Staatshaushaltes zu treffen sind, müssen die Sachbearbeiter doch oft auf Exposés, Statistiken und Berichte zurückgreifen, die von Verbänden stammen. Häufig ist es ihnen gar nicht möglich, auf anderem Wege detaillierte Angaben über bestimmte Vorgänge in einzelnen Wirtschaftszweigen zu erlangen, und sie halten Kontakt mit Vertretern der Verbände, um eine möglichst sachgerechte Stellungnahme des Ministeriums vorzubereiten. Sicherlich gewinnen sie auf diese Weise oft wertvolle Informationen über bestimmte Fakten, aber es besteht auch die Gefahr, daß die Verbände einseitig die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen hervorheben, die ihnen erwünscht bzw. unerwünscht sind. Dann kann sich der Einfluß der Organisationen auch in den Vorlagen fortsetzen, die Ministerien den Abgeordneten zuleiten.

Diese Lage enthüllt eine Schwäche unseres parlamentarischen Systems. Obwohl die Stabilisierung von allen politischen Gruppen gefordert wird und über die Formen ihrer Durchführung kaum noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist es bisher nicht gelungen, die Maßnahmen durchzusetzen, die von der Öffentlichkeit und den Politikern für notwendig gehalten werden. Der Einfluß von Interessenten hat bisher eine klare Entscheidung verhindert. Der Vorwurf trifft nicht eine bestimmte Partei; Interessentenargumente dringen vielmehr in alle Parteien ein, nur ist der Kontakt der einzelnen Gruppen zu einer Partei stärker, zu einer anderen schwächer. Solange sich aber die Abgeordneten ständig partikulären Interessen beugen, weichen sie den Aufgaben aus, deren Lösung sie selbst als dringend ansehen. Dabei sind im Augenblick nur relativ kleine Veränderungen des bisherigen Kurses unserer Wirtschaftspolitik notwendig. Besorgt muß man fragen, wie unsere Regierungsform wirklich schwerwiegende Probleme, die durchaus auftreten können, bewältigen soll. Überwindet das Parlament diese Haltung nicht, so kann keine Regierung — gleichviel welcher Richtung — eine wirksame Stabilisierungspolitik durchführen. Bisweilen gewinnt man nach den Auseinandersetzungen im Parlament den Eindruck, unsere Abgeordneten wollten geradezu beweisen, daß die These von der Herrschaft der Verbände nicht falsch ist.

### PRODUKTIVITÄTSORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK NOTWENDIG

Kommt es aber in der augenblicklichen politischen Situation doch noch zur Beschränkung der Subventionen, so kann die Krise dazu beitragen, eine Fehlentwicklung unserer Wirtschaftspolitik zu korrigieren, die in den letzten Jahren entstanden ist. Nachdem die Produktionsreserven in der Volkswirtschaft im wesentlichen verbraucht sind, vermögen wir das langfristige Ziel unserer Wirtschaftspolitik, die kontinuierliche Erhöhung des Sozialproduktes, nur noch zu

erreichen, wenn wir den Einsatz unserer Produktionsfaktoren ständig verbessern: nur so können wir die Chancen, die uns der technische Fortschritt bietet, ausnutzen. Das umfassende System der Subventionen und Zuschüsse anderer Art, das wir in den letzten Jahren immer mehr ausgebaut haben, beeinträchtigt aber das Wachstum unserer Wirtschaft. Durch die Hilfen, die der Staat gewährt, werden Produktionsfaktoren in Wirtschaftszweige und Unternehmungen gelenkt oder dort festgehalten, deren Produktivität hinter der anderer zurückbleibt. Subventionen sind in erster Linie „notleidenden Betrieben“ oder durch die „Entwicklung bedrohten Wirtschaftszweigen“ und „wirtschaftlich benachteiligten Regionen“ zugeflossen. Gerade dort, wo noch Arbeitskräfte oder sachliche Produktionsmittel freigesetzt werden könnten, sind Unterstützungen gewährt worden, die den Fortschritt zumindest bremsen, nur in Ausnahmefällen ist durch sie die Produktivität von Unternehmungen oder ganzen Wirtschaftszweigen erhöht worden. Wie stets fühlen sich auch heute gerade die Gruppen und Unternehmungen bedroht, die sich gegenüber anderen, mit ihnen konkurrierenden, nicht zu behaupten vermögen. Mit Hilfe der Subventionen wird ein Teil der Erzeugungskosten auf den Staat überwältigt; so können Betriebe fortbestehen und Wirtschaftszweige einen Anteil an der Gesamtproduktion behaupten, den sie in der Marktwirtschaft sonst nicht besitzen würden.

Die Vertreter dieser Schichten können sehr oft nachweisen, daß die in ihnen Beschäftigten an der Entwicklung der Einkommen nicht oder schwächer als andere teilnehmen, daher erscheinen ihre Subventionswünsche vielen Politikern so berechtigt. Die Forderung aber, jedem den Arbeitsplatz, den er gerade einnimmt, zu erhalten und jedes bestehende Unternehmen zu schützen, ist ein Relikt ständischen Denkens und unvereinbar mit einer Wirtschaftspolitik, die nach Erreichen der Vollbeschäftigung auf die weitere Erhöhung des Sozialproduktes bedacht ist. Bei einem Verzicht auf bloße Erhaltungssubventionen entstehen — anders als nach dem ersten Weltkrieg — nur Übergangsprobleme, da freigesetzte Produktionsfaktoren im allgemeinen sehr schnell an anderer Stelle verwendet werden können. Angesichts der sinkenden Zuwachsrates unseres Sozialproduktes müssen wir mit dem Abbau von Subventionen wenigstens beginnen. Das ist um so wichtiger, als Gegenkräfte gegen derartige Staatshilfen im Automatismus der Wirtschaft nicht oder doch erst sehr viel später auftauchen als gegen andere Formen interventionistischer Wirtschaftspolitik. Früher suchte man oft, „bedrohten Wirtschaftszweigen“

durch Eingriffe des Staates in die Preisbildung oder durch Sanktionierung von Preisen, die Marktverbände setzen, zu helfen. Derartige Preise behaupten sich aber nur, wenn die Nachfrage sie akzeptiert; im anderen Falle verhindert der Rückgang des Absatzes Preiserhöhungen. Die Preisbeeinflussung mißlingt um so häufiger, je mehr Waren miteinander konkurrieren und je mehr Ausweichmöglichkeiten die Käufer besitzen. Subventionen aber sind gerade deshalb so gefährlich, weil sie sehr lange Zeit die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus nicht beeinträchtigen. Die Preise bleiben unter dem Niveau, das sie ohne Überwälzung eines Teiles der Produktionskosten auf den Staat erreichen würden — daher weicht die Nachfrage nicht aus. So ungleichmäßig die heutigen Subventionen über die Volkswirtschaft gestreut sind, sie fallen doch durchweg Unternehmungen zu, denen der Markt nicht die vollen Produktionskosten zu vergüten bereit ist; dann sind die Betriebe „notleidend“ und „unterstützungswürdig“. Unwirksam werden solche Subventionen erst, wenn sie eine so starke Ausdehnung der Produktion anregen, daß das vermehrte Angebot einen Preisfall herbeiführt. In zahlreichen heute in der Bundesrepublik aktuellen Fällen kommt es aber dazu nicht. Sehr oft reicht der Subventionsbetrag gerade aus, die in Betrieb befindlichen Werke zu erhalten, nicht aber neue Produktionen anzuregen. Oft könnte allerdings (vor allem in der Landwirtschaft) die Vermehrung des Angebots durch eine Einfuhrsteigerung erreicht werden. Im Regelfalle aber ist unsere Handelspolitik so mit der Subventionspolitik abgestimmt, daß die Einfuhrkontrolle durch Zölle oder Kontingente die Vermehrung des ausländischen Angebotes nicht zustande kommen läßt; dann können die ausländischen Produzenten, die den Preisdruck ausüben würden, auf dem heimischen Markte nicht erscheinen. Aus diesem Grunde sind Subventionen für die Landwirtschaft in Ländern, die einen Teil ihres Bedarfs an Agrarprodukten importieren müssen, so viel wirkungsvoller als in Ländern, die ihre gesamte Versorgung aus heimischer Produktion zu decken vermögen. Dort wird die Subvention schnell eine Produktionsausdehnung nach sich ziehen, und dann ist es nicht möglich, einen Wirtschaftszweig auf diese Weise zu schützen. Auf den Sektoren aber, auf denen die Länder ihre heimische Produktion durch Einfuhren ergänzen müssen, vermögen die Staaten die Auswirkungen der Subventionen auf die ausländischen Lieferanten abzuwälzen. Daher erfordert eine produktivitätsorientierte Wirtschaftspolitik gerade in diesen Fällen dringend eine Beschränkung der Erhaltungssubventionen.